

II-666 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

9.6.1967

311/J

A n f r a g e

der Abgeordneten M o s e r , H o r e j s , Ing. K u n s t und Genossen
an den Bundesminister für Justiz,
betreffend die Verweigerung des Rechtsschutzes durch das Landesgericht
Innsbruck.

--- --

Die gefertigten Abgeordneten haben in ihrer Anfrage vom 12.4.1967
(251/J) aufgezeigt, daß das Landesgericht Innsbruck als Berufungsgericht
in Strafsachen mehrfach von verurteilten Beschuldigten erhobene Berufungen
derart erledigt hat, daß es zur Abfassung seiner Entscheidungen einen ver-
vielfältigten Vordruck folgenden Wortlautes verwendete:

"Nichtigkeitsgründe liegen nicht vor. Die Beweiswürdigung gibt zu
keiner Beanstandung Anlaß, das angefochtene Urteil wird unter Hinweis auf
dessen zutreffende, durch die Berufung nicht erschütterte Gründe bestätigt.
Auch die Strafe, die der Erstrichter aussprach, entspricht den Grundsätzen
gerechter Sühne."

Aus der Beantwortung dieser Anfrage geht hervor, daß bedauerlicherweise
in insgesamt 72 Fällen Berufungsurteile in dieser krass gesetzwidrigen
Weise ausgefertigt wurden, von denen bisher bloss 4 auf Grund von Nichtig-
keitsbeschwerden zur Wahrung des Gesetzes vom Obersten Gerichtshof aufge-
hoben worden sind. Um eine weitere Kostenbelastung der Verurteilten zu ver-
meiden, sei beabsichtigt, nur in jenen weiteren Fällen eine Nichtigkeits-
beschwerde zur Wahrung des Gesetzes zu erheben, in denen dies vom Verur-
teilten angeregt wird.

Die unterzeichneten Abgeordneten wollen es dahin gestellt sein lassen,
ob dieses Vorgehen zweckmäßig ist oder ob es aus rechtsstaatlichen Erwägun-
gen richtiger wäre, sämtliche dieser gesetzwidrigen Urteile beim Obersten
Gerichtshof zu bekämpfen. Sinnvoll ist die in der Anfragebeantwortung dar-
gelegte Vorgangsweise aber zweifellos nur dann, wenn alle von den noch auf-
rechten 68 gesetzwidrigen Berufungsurteilen betroffenen Verurteilten (oder
ihre Verteidiger) davon in Kenntnis gesetzt worden sind, daß in ihrem Falle
eine Nichtigkeitsbeschwerde zur Wahrung des Gesetzes erhoben werden wird,
wenn sie dies anregen. Die Anfragebeantwortung enthält jedoch keinen Hin-
weis darauf, ob die Verurteilten (oder ihre Verteidiger) von dieser Sach-
lage verständigt worden sind.

311/J

- 2 -

In der Anfragebeantwortung ist ferner ausgeführt worden, daß diese als "Unzukömmlichkeiten" bezeichneten Vorgänge auf das Verhalten eines einzigen Richters zurückzuführen seien, der bereits aus dem Personalstand des Landesgerichtes Innsbruck ausgeschieden sei. Die gefertigten Abgeordneten nehmen zwar nicht an, daß dieser Richter durch Beförderung einen Dienstposten bei einem anderen Gericht erhalten hat, erachten aber eine diesbezügliche Klarstellung für notwendig.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen sohin die

A n f r a g e :

1) Sind alle von den noch aufrechten 68 gesetzwidrigen Berufungsurteilen betroffenen Verurteilten (oder ihre Verteidiger) davon in Kenntnis gesetzt worden, daß in ihrem Falle eine Nichtigkeitsbeschwerde zur Wahrung des Gesetzes erhoben werden wird, wenn sie dies anregen?

2) Bei Bejahung der Frage 1: Auf welche Weise und innerhalb welchen Zeitraumes sind die Verurteilten (oder ihre Verteidiger) hievon in Kenntnis gesetzt worden?

3) Bei Verneinung der Frage 1: Weshalb ist eine derartige Verständigung unterblieben?

4) Hat der betreffende Richter einen Dienstposten bei einem anderen Gericht durch Beförderung erhalten?

-. - . - . -